

Ausgabe
1/2014

Bayerische Sozialnachrichten

Mitteilungen der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern



Foto: Matthias Borowski

Wohnungslosigkeit hat viele Gesichter

Liebe Leserin, lieber Leser,

Obdachlosigkeit stellt eine konkrete Gefahr für Leib und Leben dar und ist immer häufiger anzutreffen. 2012 waren es noch 284.000 Menschen. Nach offiziellen Schätzungen wird die Zahl bis 2016 bundesweit auf 380.000 Personen angestiegen sein, so die einführenden Zahlen aus dem Beitrag von Gerard Dix „Obdachlos in kleineren Orten“.

Josef Mederer, Präsident des Bayerischen Bezirktags, benennt die vielschichtigen und einander bedingenden Gründe für den Verlust der Wohnung und stellt fest: Obdachlosigkeit hat ihr Gesicht verändert und betrifft weit mehr Menschen als die „offensichtlichen“ Obdachlosen. Alle bedürfen einer multiprofessionellen Beratung, die es vorzuhalten gilt.

Sozialministerin Müller skizziert in ihrem Zwischenruf „Wohnungslose haben oft keine Lobby“ den Leitgedanken bayerischer Politik: „Es gibt keine Menschen zweiter Klasse. Jede und Jeder ist wertvoll und gleich, weil jeder Mensch Träger einer unveräußerlichen Würde ist.“

Ein Kochbuch mit 34 Kochideen für das Monatsende und ein Kochkurs für preiswertes und gesundes Essen zeigen die Kreativität, wie in Beratungsstellen praktische (Spar) Hilfen angeboten werden. Gerade wohnungslose, bzw. in einer „Wohnungsnotfallsituation“ lebende Frauen mit ihren Problemen und Notlagen bedürfen unserer Aufmerksamkeit - Beiträge dazu in der Mitte des Heftes. Die Sicherung bestehender Wohnverhältnisse ist eine immer wichtiger werdende präventive Aufgabe, so Michael Frank, Referent für Wohnungslosenhilfe der Diakonie. Denn die Gesamtkosten des Verlustes der Wohnung sind um ein Vielfaches höher als die anfallenden Personal- und Sachkosten einer Fachstelle zur Verhinderung von Obdachlosigkeit. Die These „Investitionen in soziale Einrichtungen und Dienste rechnen



sich“ untermauert die wissenschaftliche Studie SROI, die Thomas Ballweg vorstellt.

Julius Forster, Sozialreferent des Bayerischen Städtetages, lenkt den Blick auch auf die Asylbewerber und Flüchtlinge aus dem UN-Resettlement-Programm. Geeigneten Wohnraum für alle bereit zu stellen ist ein Anliegen der Kommunen, dem ein wachsendes gesellschaftliches Misstrauen statt einer „notwendenden“ Bereitschaft zur Aufnahme gegenübersteht.

Das Thema Wohnungslosigkeit ist in Deutschland in keiner amtlichen Statistik erfasst. Um in der bayerischen Sozialberichterstattung umfassend zu berichten bedarf es exakter Daten. Eine Unschärfe zeichnet sich schon heute ab, denn die geplante Statistik bezieht sich „nur“ auf die tatsächliche Wohnungslosigkeit. Dennoch ein richtiger und wichtiger Schritt um Lösungsansätze weiter zu entwickeln, denn die Wohnungslosenhilfe nimmt soziale Schieflagen in der Gesellschaft sehr früh wahr.

In Anlage zum Themenheft stellen wir das Memorandum „Berufliche Teilhabe und Integration wohnungsloser Menschen verwirklichen“ vor. Lassen Sie uns mit vereinten Kräften „Räume schaffen“ in unserer Gesellschaft.


Hendrik Lütke

INHALT

Thema:

Wohnungslosigkeit - eine Notlage mit vielen Gesichtern	S. 3
Obdachlos in kleineren Orten	S. 6
Druck auf die kommunale Wohnungslosenhilfe steigt	S. 8
Kommunale Sozialpolitik oder „Ma muss nur mid deana Leit schwätza...!“	S. 10
Den Verlust der Wohnung verhindern - präventive Hilfe ausbauen	S. 11
Konferenz der Wohnungslosenhilfe in Bayern	S. 12

Zwischenruf

Wohnungslose haben oft keine Lobby	S. 13
Termine	S. 14

Offene Hilfe: Eine Beratungsstelle für Frauen in Notsituationen	S. 15
Projekt Lebensplätze für Frauen	S. 16
Hilfen für wohnungslose Frauen	S. 17
„Zeig deinen Respekt“	S. 17

Praxis

Qualifizierte Tagesbetreuung für wohnungslose Menschen	S. 18
Investitionen in soziale Einrichtungen und Dienste rechnen sich	S. 20
Verlässliche Daten über Wohnungslose	S. 22

Termine	S. 24
----------------	-------

Mitgliedsorganisationen	S. 25
--------------------------------	-------

Bücher	S. 32
---------------	-------

Kommunale Sozialpolitik oder „Ma muss nur mid deana Leit schwätza...!“

Menschen, die ihre Wohnung verlieren, werden in der Öffentlichkeit nur wenig wahrgenommen und haben häufig auch keine politische Lobby. Vielen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern gerade im ländlichen Raum sind jedoch die Sorgen und Nöte ihrer Bürgerinnen und Bürger sehr vertraut. Menschen, denen der Verlust ihrer Wohnung droht oder die anderweitig in Not geraten, gehen – gerade in kleineren Gemeinden – erstmal „auf die Gemeinde“. Man kennt sich dort und hilft sich gerne. Schnell, menschlich und unbürokratisch. Häufig bis an die Grenze des Möglichen. Schwierig wird es dann, wenn eine fachlich spezialisierte Hilfe notwendig wäre.

Spezialisierte Beratungsangebote sind leider eher zentriert im städtischen Bereich als in ländlichen Regionen zu finden. Leider, da viele Hilfesuchende häufig in der Stadt nicht „ankommen“. Da werden selbst Fahrstrecken von 10 km zu unüberwindlichen Hürden. Somit ist es für uns als Diakonisches Werk Neu-Ulm e.V. ein Anliegen, mit unseren Angeboten nicht nur in der Kreisstadt Neu-Ulm präsent zu sein, sondern auch in den Landkreis hinauszugehen. Entstanden ist ein tragfähiges Netzwerk von Gemeinden, Diakonie, evangelischen Kirchengemeinden und weiteren Partnern, in dem man sich kennt, schätzt und gegenseitig zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger unterstützt. So verhalten unsere Herzensangelegenheiten nicht ungehört, wenn sie ehrlich, verständlich und transparent transportiert werden. Sie werden wahrgenommen und man macht sich gemeinsam Gedanken, diskutiert und man fragt auch mal kritisch nach.

„Wohnen“ ist seit langem ein wichtiges Thema der Diakonie Neu-Ulm. Als Wachstumsregion zwischen den Ballungsräumen Stuttgart und Augsburg/München, zentral an der A7/A8 gelegen, mit einer niedrigen Arbeitslosenquote, Universität in Ulm und Fachhochschule in Neu-Ulm, ist der Bedarf an Wohnraum für Alleinstehende und Familien hoch. Bezahlbarer Wohnraum - und das zeichnet sich seit der Jahrtausendwende ab - wird knapp und die Mieten steigen. Der soziale Wohnungsbau war im Dornröschenschlaf und der Wohnraum im Rahmen der sozialrechtlichen Angemessenheitsgrenzen verknappte sich.

Die Diakonie Neu-Ulm reagierte mit Aufrufen zur Anhebung der Angemessenheitsgrenzen, initiierte Projekte für die Hilfe bei der Suche von Wohnraum für Asylsuchende und Bezieher von SGB II-Leistungen. Die Idee zur Schaffung einer Präventionsstelle für Wohnraumerhalt war seit langem in den Köpfen, es fehlte allein der Anschub von außen und ein Finanzier.

Der Anschub von außen kam von der Stadt Neu-Ulm, die das Problem hat, dass die Obdachlosenunterkunft voll belegt ist und sie zunehmend Wohnungen anmieten oder in Beschlag nehmen musste. Durch die Übernahme der Betreuung in der städtischen Unterkunft erfolgte auch die Einbindung in die Wohnungslosenhilfe Südbayern. Koordinator Thomas Duschinger unterstützte uns bei der Gewinnung von Projektmitteln, die durch das bayerische Sozialministerium zur Verfügung gestellt wurden.

Da die staatliche Förderung auf eineinhalb Jahre befristet war, mussten wir flott Ergebnisse und Statistiken liefern und diese entsprechend kommunizieren. So wandten wir uns mit der Unterstützung der Stadt Neu-Ulm auch an sechs weitere Kommunen im Landkreis sowie an den Landkreis an sich und beantragten bei allen gemeinsam zwei Vollzeitstellen für die Wohnraumprävention. Wir stellten Konzept und Arbeitsweise bei allen Kommunen, dem Landkreis und dem Jobcenter vor. Hilfreiche Unterstützung erhielten wir



Sigrun Rose, Dipl. Soz. päd. (BA)

2. Vorsitzende im Diakonischen Werk Neu-Ulm

Email: SigrunRose@diakonie-neu-ulm.de

vom Amtsgericht Neu-Ulm, welches Info-Flyer zu unserem Angebot den Schreibern zu den Räumungsklagen beilegte und verteilte sowie statistisch belegte, dass es eine zunehmende Zahl an Zwangsräumungen im Landkreis gibt. Thematisch unterstützt wurden wir auch von einer Konferenz zum Thema „Wohnen“ im Rahmen des kommunalen Handlungskonzepts, an der neben Vertretern der Wohnungswirtschaft auch Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und Vertreter der Verwaltungen anwesend waren.

Rechnen sich die Angebote Sozialer Arbeit, erregt dies auch immer wieder das Interesse von Politik.

Gutes Tun und Geld sparen - das kommt schon gut an! So wurde das Thema der Wohnraumprävention nach einer Kreisausschusssitzung im Juli 2012 vorerst für die bestehende halbe Stelle für 2013 verlängert. Auf Intervention des Vorsitzenden des Städte- und Gemeindetags für den Landkreis Neu-Ulm, Herrn Bürgermeister Walz, wurde dann im November 2012 einstimmig von den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern beschlossen, dass der Landkreis Neu-Ulm die Finanzierung der Wohnraumprävention übernehmen soll. Im Juli 2013 erfolgte nach abschließender Klärung der Finanzierungszuständigkeit der Beschluss, dass die Wohnraumprävention in Neu-Ulm in ökumenischer Trägerschaft von Diakonischen Werk Neu-Ulm und Caritasverband für die Region Günzburg und Neu-Ulm ab dem 1.1.2014 unbefristet mit zwei Vollzeitstellen installiert wird.

Den Verlust der Wohnung verhindern - präventive Hilfen ausbauen

Bezahlbarer Wohnraum ist für eine immer größer werdende Zahl von Menschen nicht mehr erreichbar. Der Zugang zu angemessenem Wohnraum steht für Haushalte mit geringem Einkommen in vielen Regionen Bayerns grundsätzlich in Frage. Die Zunahme der Bezieher von Niedrigeinkommen und der Anstieg prekärer Beschäftigungsverhältnisse verschärfen die Situation auf dem Wohnungsmarkt. Die Wohnkostenbelastung in Bayern von Mieterhaushalten mit Geringverdienern, die ein monatliches Nettoäquivalenzeinkommen von unter 1.000 Euro haben, liegt ausweislich der Daten im dritten Landessozialbericht bei durchschnittlich 43 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens. Dabei beziehen sich die Zahlen auf die Einkommens- und Verbraucherstichprobe aus dem Jahr 2008, d.h. die gegenwärtigen Belastungen durch die Kosten des Wohnens dürften nochmals beträchtlich angestiegen sein. Mieten und Energiekosten werden voraussichtlich auch zukünftig weiter steigen, gleichzeitig sinkt der Bestand an sozial gebundenen und preisgünstigen Wohnungen.

Die Sicherung bestehender Wohnverhältnisse ist deshalb eine immer wichtiger werdende Aufgabe. Viele Menschen, die akut vom Verlust der eigenen Wohnung bedroht sind, sind aus eigener Kraft nicht ausreichend in der Lage, ihre Wohnungsnot zu beseitigen. Die Erfahrungen aus der Arbeit der bestehenden Fachstellen zur Verhinderung von Obdachlosigkeit



in freier Trägerschaft zeigen, dass in vielen Fällen drohenden Wohnungsverlustes durch eine möglichst frühzeitige Beratung und Unterstützung durch die sozialpädagogischen Fachkräfte der Erhalt des bestehenden Mietverhältnisses oder die Vermittlung in neuen Mietwohnraum gelingen kann. Zentrale Bedeutung für die Arbeit der Fachstellen hat die Bereitschaft aller relevanten Partner im kommunalen Hilfesystem zur engmaschigen Vernetzung und Kooperation.

Präventive Fachstellenarbeit hilft den betroffenen Menschen und Familien und entlastet den kommunalen Haushalt. Die Gesamtkosten des Verlustes der Wohnung sind um ein Vielfaches höher als die anfallenden Personal- und Sachkosten einer Fachstelle zur Verhinderung von Obdachlosigkeit. Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. hat auch deshalb im September vergangenen Jahres Empfehlungen veröffentlicht, um die Prävention von Wohnungslosigkeit durch Kooperation von kommunalen und freien Trägern zu stärken und weiterzuentwickeln.

Michael Frank

Referent Wohnungslosenhilfe, Straffälligenhilfe,
Schuldnerberatung und Bahnhofsmision
im Diakonischen Werk Bayern
frank@diakonie-bayern.de

Bayerische Sozialnachrichten

Mitteilungen der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern

Öffentliche wie freie Wohlfahrtspflege dienen gemeinsam einem Ziel – dem Wohl der Bürgerinnen und Bürger.

Die Überwindung von Interessengegensätzen und eine vertrauensvolle und partnerschaftliche Zusammenarbeit ihrer Mitglieder sind wesentliche Voraussetzungen dafür. Deshalb ist die LAG Ö/F nicht nur ein loser Zusammenschluss der kommunalen Spitzenverbände sowie der Landesverbände der freien Wohlfahrtspflege, oder nur eine Plattform zum Informationsaustausch oder ein Diskussionsforum.

Die LAG Ö/F will Ergebnisse erzielen.

Ergebnisse, die einvernehmlich getragen werden, die Bayern sozial gestalten, gleichwertige soziale Lebensbedingungen schaffen und den Mitgliedern wichtige Orientierungshilfen und praktische Unterstützung geben.

- Medium der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege
- 5 Ausgaben pro Jahr
3 Ausgaben Pro Jugend/Jahr (kostenlos)
- Unabhängig
- Sozialpolitische Kompetenz
- Aktuelle Sozialthemen
- Kompetente Autoren
- Wichtige Termine/Veranstaltungen
- Praxisnahe Berichte
- ConSozial Vorberichte

Landesarbeitsgemeinschaft
der öffentlichen und freien
Wohlfahrtspflege in Bayern

Nördliche Auffahrtsallee 14
80638 München
Telefon: 089 / 15 37 57
Telefax: 089 / 15 91 92 70
E-Mail: LAGoefW-Bayern@t-online.de

IBAN: DE50700205000009800200
BIC: BFSWDE33MUE
www.lagoefw.de

Die Mitgliedsorganisationen der LAG Ö/F:

Arbeiterwohlfahrt, Landesverband Bayern

Bayerischer Gemeindetag

Bayerischer Landkreistag

Bayerisches Rotes Kreuz

Bayerischer Städtetag

Deutscher Caritasverband, Landesverband Bayern

Diakonisches Werk Bayern

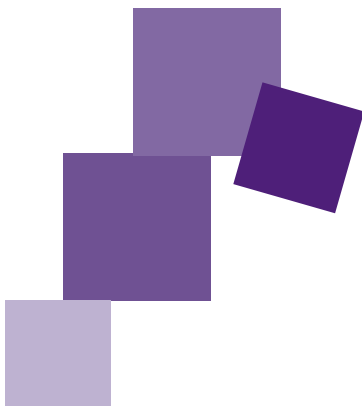
Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern

Der Paritätische in Bayern

Verband der bayerischen Bezirke

Werden Sie Abonnent...

Landesarbeitsgemeinschaft der
öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern
Nördliche Auffahrtsallee 14
80638 München



Die *Bayerischen Sozialnachrichten* erscheinen mit fünf Ausgaben pro Jahr. Kostenlos ist die Zeitschrift „Pro Jugend“ beigelegt. Inklusiv Versand kostet das Jahresabonnement 20,45 Euro (inkl. MwSt). Die Kündigung des Jahresabonnements erfolgt schriftlich bis sechs Wochen zum Jahresende.

Wir würden uns sehr freuen, Sie als Abonnenten zu gewinnen.

Sie können uns den Abonnent-Auftrag auch per FAX Nr. **089 / 159 192 70** zusenden.

Ich bestelle ab der nächsten Ausgabe _____ Exemplar(e) *Bayerische Sozialnachrichten*

Einrichtung

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

Telefon

Fax

Datum, Unterschrift



Nutzen Sie die Vorteile des bequemen Einzugsverfahren und stimmen Sie der Bezahlung per Lastschrift zu: Die Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern wird hiermit widerruflich ermächtigt, den fälligen Abonnementpreis abzubuchen.

Bank

IBAN

BIC

Datum, Unterschrift